

verantwortlichen den Karren vor die Wand. Warum? Weil sie Politik im Hinterzimmer machen, weil sie die politischen Prozesse nicht transparent machen. Bis vor kurzem war von den Lüner Kommunalpolitikern nichts zum geplanten Kraftwerk zu hören. Man verkriecht sich. Statt dessen werden die Kraftwerksgegner als Provokateure, Ehrabschneidende und Beleidigende an den Pranger gestellt. Es hat sowohl die BI „Stoppt den Landschaftsfraß“ als auch die BI „Kontra-Kohle-Kraftwerk“ ausgezeichnet, mit Fakten und Sachargumenten zu überzeugen. Politik ohne die Einbeziehung der Lüner Bürger kann und wird auch nicht funktionieren. Es ist dringend Zeit für ernsthaftes Umdenken!

Oliver Danne

Korrektur führt nicht zu Gesichtsverlust

Betreff: Das Trianel-Kraftwerk nach dem G8-Gipfel

Die deutsche Regierungschefin Angela Merkel verkündet ehrgeizige Klimaschutzziele, spricht von einer Halbierung der CO₂-Emissionen in den nächsten 40 Jahren. Im gleichen Moment begeistern sich Lüner Politiker für ein Kraftwerk, das weit mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie als Wärme ungenutzt in die Umgebung verpumpt - 40 Jahre lang. Besser kann man den Widersinn nicht

auf den Punkt bringen. Eine verantwortliche Konsequenz aus den Zielvorgaben von Heiligendamm kann nur der kompromisslose Einsatz besserer Technik sein. Und ein Kraftwerk ohne Kraft-Wärme-Koppelung, selbst wenn es technisch besser und sauberer ist als bestehende Kraftwerke, ist nun mal nicht Stand der Technik! Wenn sich der Standort Lünen für eine Kraft-Wärme-Koppelung wirklich nicht eignet, dann muss eben ein anderer geeigneter Standort gewählt werden!

Schließlich wird uns doch immer wieder tröstend versichert, dass irgendwo anders ein noch ineffizienteres und dreckigeres Kraftwerk abgeschaltet werden soll. Für die Steuereinnahmen gilt das Gleiche, in einer anderen Kommune werden sie künftig wegfallen. Unter dem Strich wird nichts gewonnen. Doch selbst wenn sich einige Lüner Politiker nicht für eine Gesamtverantwortliche Betrachtung interessieren, müssen sie sich dennoch die Frage gefallen lassen, wie viele Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen uns durch diese weitere Ansiedlung von Schmutzindustrie zukünftig eigentlich entgehen werden bzw. wie viel uns bislang schon die einseitige Entwicklung Lünens zum „Recyclingstandort“ gekostet hat. Im übrigen wird niemand sein Gesicht verlieren, wenn er bei veränderter Erkenntnislage seine Meinung korrigiert. Im

Gegenteil wird politische Größe genau da sichtbar.

Klaus Nigge
Ernst-Becker-Straße 12
44534 Lünen

In den ersten Jahren kein Cent für Etat

Betreff: Kraftwerks-Debatte

Verbesserte Lebensqualität bedingt durch ein „übermäßiges“ Gewerbesteueraufkommen werden viele Lüner Bürger wohl nicht mehr erleben. Ein Instrument des Steuerrechts ist die AfA (Absetzung für Abnutzung) gemäß § 7 EStG. Die AfA bedingt bei einer linearen Abschreibung der Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten (1 Mrd. Investitionsvolumen) gemessen an der betriebsbedingten Nutzungsdauer, dass zum Jahresabschluss die Gewinn u. Verlustrechnung (GuV) des Unternehmens negativ beeinflusst wird. D.h. der Gewinn wird um den Abschreibungsbetrag vermindert, das hat zur Folge, dass die Gewerbesteuer analog dazu vermindert wird, da sie aus dem Gewinn ermittelt wird (Quelle: Trianel Homepage). Ein kleines Rechenbeispiel: Eine Rauchgasentschwefelungsanlage mit einer Anschaffungskosten von 80.000.000 Euro (Quelle: Steag) wird laut AfA-Tabelle für Energie- u. Wasserversorgung über 13 Jahre abgeschrieben. Die Anlage kann somit jährlich gleichbleibend mit 6.153.846,15 Euro abge-

geschrieben werden. Dadurch vermindert sich der Gewinn des Unternehmens um 6.153.846,15 Euro. Bricht man nun die ganze Investitionssumme von 1 Mrd. Euro auf die einzelnen Anlagen und Abschreibungszeiten (z.B. Kühlturm 23 Jahre) hinunter und rechnet dann noch die Aufwendungen des laufenden Betriebes hinzu, dann gehe ich davon aus, dass in den (vielen) ersten Jahren des Betriebs des Steinkohlekraftwerks kein Cent in den Stadtsäckel fließen wird.

Christian Köhler
Ernst-Becker-Straße 12
44534 Lünen

BI zu sachlichen Gesprächen bereit

Betreff: Stellungnahme der BI Kontra Kohle Kraftwerk zur „Süder Allianz“

Der SPD-Ortsverein Oberbecker macht sich Sorgen um die Streitkultur in Lünen? Nicht nur er!

Zunächst herrschte unter den Bürgern, die das Trianel Projekt nicht bedingungslos bejahen, Verwunderung über das Schweigen der Parteien zum Thema, danach konnte man - ob des fehlenden öffentlichen Meinungsaustausches - nur noch irritiert mit dem Kopf schütteln. Und nun wird uns in einem gewagten Rundumschlag vorgehalten, wir hätten den Befürwortern

des Kraftwerks die Ehre genommen, sie beleidigt, sie niedergeschrien und ihnen das Wort geraubt. Fragt sich nur: Wann und wo? In einer der drei Informationsveranstaltungen jedenfalls nicht. Die Stänkereien von Herrn Schwarz weisen wir jedenfalls entschieden zurück. Wir waren und sind weiterhin stets offen für einen sachlichen Dialog, denn wir sehen, dass noch sehr viel Diskussionsstoff vorhanden ist. Wir bieten der SPD und der IG BCE, aber auch der CDU an, sachliche Gespräche mit ihnen zu führen - dann allerdings bitte auf einem höheren Niveau als sich die Herren Schwarz und Freyer momentan bewegen.

Thomas Matthee (BI-Vorsitzender) und Sara Köhler (stellv. BI-Vorsitzende)

KONTAKT

Leserbriefe senden Sie bitte an:

Westfälische Rundschau
Lokalredaktion Lünen
Bäckerstraße 9
44532 Lünen
Fax (02306) 202 43 17
E-Mail: luenen@westfaelische-rundschau.de

Leserbriefe geben die persönliche Meinung des Absenders wieder, dessen Adressangaben die Redaktion prüft. Einen Rechtsanspruch auf Abdruck gibt es nicht. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.